

Arbeitslosen(beratungs)zentren als niederschwellige Anlaufstelle für Langzeitarbeitslose

Im Rahmen des Landesprogramms „Gute und sichere Arbeit“ unterstützte das Sozialministerium Baden-Württemberg im Zeitraum 2012 bis Juni 2017 modellhaft landesweit zwölf Arbeitslosen(beratungs)zentren zur Beratung und engmaschigen Betreuung von Langzeitarbeitslosen mit multiplen Vermittlungshemmnissen. Mit der Förderung sollte die berufliche Entwicklung bzw. die Integration langzeitarbeitsloser Menschen in den Arbeits- oder Ausbildungsmarkt gefördert und eine Stabilisierung erreicht werden. Außerdem sollte die Beratung in den Arbeitslosen(beratungs-)zentren dazu beitragen, dass die Langzeitarbeitslosen ein größeres Verständnis für die komplexe Materie des SGB II erhalten, sodass die Arbeit der Jobcenter für diese Zielgruppe transparenter wird und die Zahl der Widerspruchsverfahren und Klagen gesenkt werden kann. Des Weiteren erhoffte man sich, dass die Zentren einen Beitrag zu einer Vernetzung der relevanten arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Akteure vor Ort leisten, indem sie Arbeitgeber zum Beispiel auf Potenziale von Langzeitarbeitslosen hinweisen

und über konkrete arbeitsmarktpolitische Instrumente informieren.

Nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen der Evaluation, die das IAW im Auftrag des damaligen Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg durchgeführt hat, können die Arbeitslosen(beratungs-)zentren einen deutlichen Mehrwert schaffen, allerdings gibt es in diversen Bereichen auch noch Optimierungsbedarf.

Der neutrale und behördenunabhängige Charakter der Arbeitslosen(beratungs-)zentren trägt zum Abbau der Hemmschwelle bei den Langzeitarbeitslosen bei, Unterstützungs- und Hilfeleistungen in Anspruch zu nehmen. Der niederschwellige und freiwillige Zugang zu den Angeboten der Zentren – insbesondere der Gruppenangebote – wirkt zudem der Vereinsamung entgegen. Durch die ganzheitliche Unterstützung und Beratung nimmt sich das Beratungspersonal der Arbeitslosenzentren Zeit für die Langzeitarbeitslosen und bietet somit bedarfsge-

Fortsetzung Seite 2

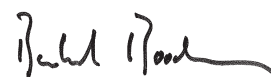
EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

nach langer Vorbereitung ist im März der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung erschienen. Der Bericht basiert auf umfangreichen Datenauswertungen und zeichnet ein neutrales Bild über die Einkommens- und Vermögensverteilung, die soziale Mobilität und eine Vielzahl weiterer Aspekte. Gezeigt wird auch, dass ein großer Teil der Bevölkerung glaubt, die Anteile der Armen und Reichen hätten in den letzten zehn Jahren jeweils stark zugenommen und das Armutsrisiko sei vor allem bei den Älteren verbreitet. Beides stimmt nicht mit den Fakten überein.

Deshalb ist es gut, dass nun – mit Hilfe der Expertise des IAW – erstmals stets aktuelle Indikatoren im Internet verfügbar sind (<http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de>). Die Darstellungen sollen nicht nur valide Informationen liefern, sondern auch nachvollziehbar machen, wo die Messung unsicher ist und die Ergebnisse kritisch von der genauen Definition der Indikatoren abhängen. Ergänzende Hinweise sollen verhindern, dass die Indikatoren einseitig interpretiert werden. Auch wenn jetzt die Öffentlichkeit einen leichteren Zugang zu bisher nicht verfügbaren Daten hat: Aus der Pflicht, die Messung von Armut und Reichtum zu verbessern und die Ursachen für ihre Entwicklung zu erklären, wird die Wissenschaft damit nicht entlassen.

Eine interessante Lektüre wünscht



Professor Dr. Bernhard Boockmann

Aus dem Inhalt:

Editorial	1	IAW-Veranstaltung / Veranstaltungen	3/4
Arbeitslosen(beratungs)zentren als niederschwellige Anlaufstelle für Langzeitarbeitslose	1	Vorträge	4
Forschungsberichte aus dem IAW: Wie können KMU ihren Fachkräftebedarf decken? IAW untersucht die Rolle regionaler Fachkräftenetzwerke	2	IAW-Publikation	4
		Personalien	4
		Impressum / Kontakt	4
		Weitere Informationen zum IAW sowie aktuelle Pressemitteilungen finden Sie im Internet auf der IAW-Website unter www.iaw.edu	

rechte Unterstützung an. Die individuelle Beratung und die Gruppenangebote erhöhen die Selbsthilfekapazitäten der Arbeitslosen. Da bei vielen Langzeitarbeitslosen die Bearbeitung komplexer Problemlagen im Vordergrund steht, hat sich in der Untersuchung gezeigt, dass in der praktischen Arbeit der evaluierten Arbeitslosen(beratungs)zentren eine Beratung und Unterstützung in Richtung Arbeitsmarkt eine untergeordnete Rolle spielt. Die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit findet jedoch indirekt über die Bearbeitung und Lösung der Problemlagen statt.

Durch die Übersetzungsarbeit bezogen auf Entscheidungen des Jobcenters übernimmt das Beratungspersonal der Arbeitslosenzentren häufig eine Vermittlerfunktion zwischen Arbeitslosen und Jobcentern, die dazu beiträgt, dass Konfliktlinien und Missverständnisse entschärft werden können. Die Unterstützung- und Erklärungshilfen bei der Antragstellung und bei Bescheiden, insbesondere bei Ratsuchenden mit Sprachschwierigkeiten, intellektuellen oder psychischen Schwierigkeiten,

können bei den Jobcentern zu einer Entlastung des Personals führen. Der Zugang zu sozialen Hilfen oder anderen Angeboten über den die Arbeitslosen(beratungs-)zentren oftmals verfügen, stellt dann eine sinnvolle Ergänzung für die Jobcenter dar, wenn keine Doppelstrukturen entstehen. Das Aufsuchen eines Arbeitslosen(beratungs)zentrums führt aber nicht per se bei den Langzeitarbeitslosen zu einem Abbau von Misstrauen gegenüber dem Jobcenter oder anderen Behörden. Auch wenn das Potenzial zum Abbau groß ist, existiert gleichzeitig ein Potenzial, Misstrauen zu verfestigen. Eine negative Haltung des Beratungspersonals oder innerhalb der Gruppe der Ratsuchenden gegenüber dem Jobcenter und der SGB II-Gesetzgebung birgt das Risiko, dass sich diese Haltung auf die Arbeitslosen überträgt.

Die Arbeitslosen(beratungs)zentren verfügen in der Regel über zahlreiche Kontakte zu anderen Beratungs- und Unterstützungsstellen und können daher die Arbeitslosen schnell und zielgerichtet an zusätzliche und über die fachliche Kompetenz der Beraterinnen und Berater hinaus-

gehende Hilfe weiterverweisen. Dem Anspruch, den gesamten Menschen in den Blick der Hilfestellung zu nehmen, kann damit entsprochen werden. Allerdings sind die Arbeitslosenzentren größtenteils nicht in der Lage, die Funktion einer Clearing- oder Lotsenstelle in einem Netzwerk zu übernehmen. Hierzu bedarf es zum einen einer gemeinsamen Handlungsstrategie der involvierten Akteure, zum anderen zusätzlicher zeitlicher, finanzieller und personeller Ressourcen um aktive Netzwerkarbeit leisten zu können. Aufbau und die Erhaltung von Kooperationen sind stark vom persönlichen Engagement des Beratungspersonals abhängig.

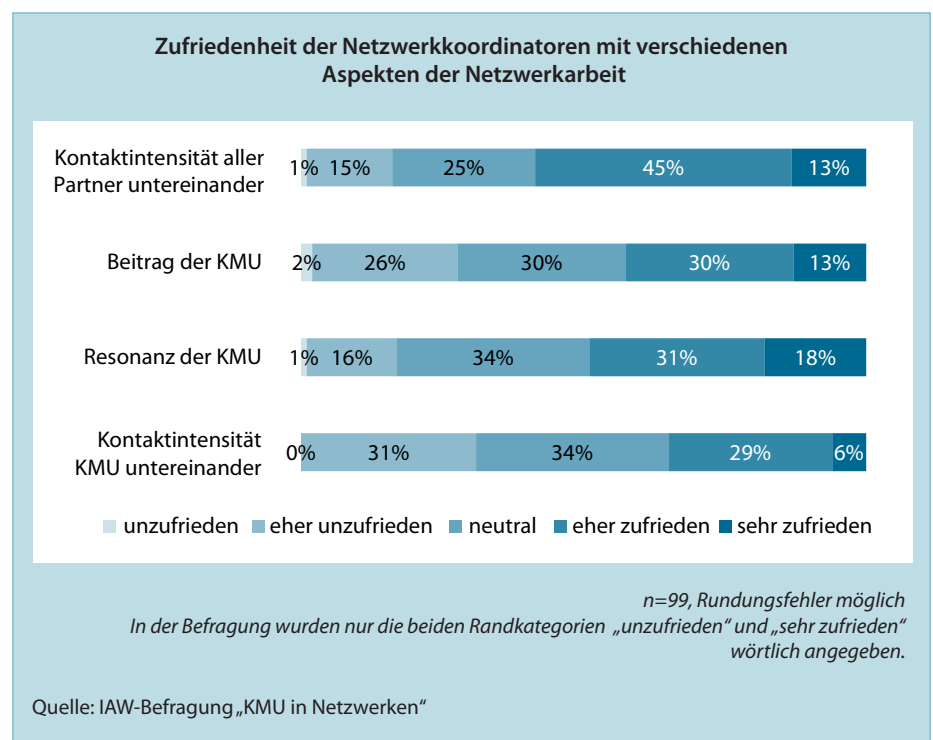
→ Die Studie „Evaluation des Projekts „Modellhafte Unterstützung von Arbeitslosen(beratungs)zentren“ kann kostenlos heruntergeladen werden unter: <https://wm.baden-wuerttemberg.de/de/service/publikationen/>

Ansprechpartnerin:
Andrea Kirchmann
Tel. 07071 9896-33,
andrea.kirchmann@iaw.edu

Wie können KMU ihren Fachkräftebedarf decken? IAW untersucht die Rolle regionaler Fachkräftenetzwerke

Technischer Fortschritt, Digitalisierung und demographischer Wandel sorgen in immer mehr Unternehmen für Engpässe bei der Deckung ihres Fachkräftebedarfs. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sehen sich dabei vor besondere Herausforderungen gestellt. Eine Möglichkeit, sich besser zu positionieren, ist die Teilnahme an den Aktivitäten regionaler Fachkräftenetzwerke. Dort können die Unternehmen bei der Suche nach geeignetem Personal unterstützt werden. Im Auftrag des Innovationsbüros Fachkräfte für die Region der DIHK Service GmbH hat das IAW den aktuellen Stand und die Herausforderungen der Einbindung von KMU in solche Fachkräftenetzwerke untersucht.

Eine standardisierte Befragung der Koordinatorinnen und Koordinatoren von regionalen Fachkräftenetzwerken zeigt, dass



hinsichtlich der Teilnahme von KMU in den Netzwerken noch „Luft nach oben“ ist. So ist nur knapp die Hälfte der Befragten mit der Resonanz der KMU auf ihre Netzwerkarbeit zufrieden.

Die Studie zeigt auch, dass KMU häufig die Schwierigkeit sehen, dass sie nicht über ausreichende zeitliche und personelle Ressourcen für eine aktive Teilnahme an den Netzwerken verfügen. Auf der anderen Seite sagen viele Netzwerkvertreter, dass sie die Bedürfnisse der KMU nicht gut genug kennen, so dass die Gefahr besteht,

dass sie an deren Interessen vorbeiarbeiten. KMU wünschen sich möglichst konkrete und unmittelbare Beratung und Hilfe. Reine Informations- oder Strategieveranstaltungen ohne konkreten Anwendungsbezug sind für sie eher uninteressant. Hilfreicher seien eine persönliche Ansprache und zielgruppenspezifische Formate, wie etwa Veranstaltungen, die kurz und prägnant sind und an den Randzeiten des Arbeitstages stattfinden und so die eingeschränkten zeitlichen Ressourcen der Unternehmen berücksichtigen. Ein wichtiges Argument für KMU, sich

an Netzwerkaktivitäten zu beteiligen, ist nicht zuletzt die Steigerung ihrer Sichtbarkeit nach außen.

→ Die Studie „KMU als Partner regionaler Fachkräftenetzwerke: Erfolgreiche Strategien aus der Praxis und Handlungsempfehlungen“ ist als als Kurz- und Langfassung kostenlos verfügbar unter: <https://www.fachkraeftebuero.de/index.php?id=566>.

Ansprechpartner:
Dr. Andreas Koch
Tel. 07071 9896-12, andreas.koch@aw.edu

IAW-VERANSTALTUNG

EU-Kommissar Oettinger und Professor Burda zu Gast bei der Vortragsveranstaltung „Zukunftsperspektiven der EU“

Schuldenkrise, Brexit, neuer Nationalismus in einer Reihe von Mitgliedstaaten: An einem Anlass für das Thema der Vortragsveranstaltung „Zukunftsperspektiven der Europäischen Union“ des IAW am 15. März 2017 mangelte es nicht. Bei der Veranstaltung, die im Rahmen der Jahresversammlung des IAW diesmal in den Räumen der IHK Region Stuttgart stattfand, war der EU-Kommissar für Haushalt und Personal, Günther H. Oettinger, prominenter Gast.



EU-Kommissar Günther H. Oettinger bei seinem Vortrag zu den „Chancen und Herausforderungen der europäischen Integration“. (Foto: ©IAW)

Der frühere Ministerpräsident Baden-Württembergs brachte in seinem engagierten und persönlich gehaltenen Vortrag die unbestreitbaren Vorzüge der europäischen Integration – insbesondere die Dynamik des Binnenmarktes und die Effizienzgewinne durch die einheitliche Währung – auf den Punkt. Dagegen sei die Identifizierung der Bevölkerung mit der

Einigung Europas noch nicht so stark entwickelt, wie man es eigentlich erwarten würde.



Prof. Michael C. Burda Ph.D. von der Humboldt-Universität zu Berlin widmete sich den „Gespensterszenarien der EU“. (Foto: ©IAW)

Hier schloss Professor Michael C. Burda Ph.D. (Humboldt-Universität Berlin) mit seinem Vortrag zu den „Gespensterszenarien der europäischen Integration“ an. Derzeit sei ein Problem, dass sich global das Wirtschaftswachstum verlangsame. Auch deshalb werde Europa im alltäglichen Leben nicht als positive Kraft wahrgenommen. Die europäische Integration solle noch mehr mit Subsidiarität, lokaler Demokratie und Eigenverantwortung einhergehen.

10. Norbert-Kloten-Preis verliehen

Der von der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Baden-Württem-

berg und dem IAW e.V. gestiftete Norbert-Kloten-Preis für Angewandte Wirtschaftsforschung wurde in diesem Jahr bereits zum zehnten Mal verliehen. Preisträgerinnen waren Maria Gürlich, die für ihre von Professor Dr. Georg Wamser (Universität Tübingen) betreute Masterarbeit „The Impact of Municipal Mergers on Local Business Taxes“ ausgezeichnet wurde, und Julie Schnaitmann, die den Preis für die unter Anleitung von Professor Dr. Joachim Grammig (ebenfalls Universität Tübingen) entstandene Masterarbeit „Econometric Analysis of Asset Pricing Models with Habit Formation“ erhielt. Die Laudatio hielt der Vorsitzende des IAW-Vorstands, Professor Dr. Wilhelm Rall.



Die Preisträgerinnen Maria Gürlich und Julie Schnaitmann mit Bernhard Sibold, Präsident der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Baden-Württemberg (li.), und Prof. Dr. Wilhelm Rall, IAW-Vorstandsvorsitzender, nach der Übergabe des Preises. (Foto: ©IAW)

VERANSTALTUNGEN

Mehr Sachlichkeit in der Debatte um ausländische Beteiligungen

Mit Direktinvestitionen des Auslands wird oft die Befürchtung verbunden, dass es zu einem „Ausverkauf“ der heimischen Wirtschaft kommt und technisches Wissen abfließt. IAW-Direktor Prof. Dr. Wilhelm Kohler mahnte auf der Podiumsdiskussion des 11. Finanzplatzgipfels Stuttgart am 4. April 2017 zu einer sachlichen Analyse.

Technisches Wissen sei ein Gut, das im Rahmen von wirtschaftlichen Transaktionen auch ohne formale Firmenbeteiligungen einem Diffusionsprozess ausgesetzt sei. Firmenbeteiligungen könnten dazu eingesetzt werden, diesen Diffusionsprozess firmenintern zu halten. Insgesamt seien die Direktinvestitionen ausländischer Firmen in Baden-Württemberg

im Vergleich zu Deutschland niedrig, während die Direktinvestitionen baden-württembergischer Unternehmen im Ausland hoch seien. Beides dürfe jedoch keineswegs vorschnell als Problem verstanden werden, das wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf aufwerfe.

VORTRÄGE

8. Februar 2017

Andreas Koch: „Investitionen im Maschinen- und Anlagenbau“, Ausschuss für Wirtschaft, Integration und Verwaltung des Verbands Region Stuttgart.

20. Februar 2017

Bernhard Boockmann: „Mentoring disadvantaged youths during school-to-work transition: evidence from Germany“, RWI Research Seminar, Essen.

21./22. April 2017

Tobias Brändle: „Give it Another Try“, Workshop on Labour Economics, Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen der Universität Trier.

IAW-PUBLIKATIONEN

Neues IAW-Diskussionspapier

→ <http://www.iaw.edu/index.php/IAW-Diskussionspapiere>

Tobias Brändle / Lukas Fervers

Give it Another Try: What are the Effects of a Public Employment Scheme Especially Designed for Hard-to-Place Workers?
IAW Discussion Paper Nr. 129, April 2017

PERSONALIA



Michel Kusche

Diplom-Soziologe Michel Kusche ist seit dem 1. April 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter am IAW. Er studierte Soziologie und Philosophie an der Technischen Universität Dresden und der

New School for Social Research, New York City, mit den Schwerpunkten Arbeitssoziologie, Qualitative Sozialforschung und Wissenssoziologie. Sein aktueller Tätigkeitsschwerpunkt am IAW sind die wissenschaftliche Evaluation und qualitative Analyse von Maßnahmen und Modellprojekten im Bereich Arbeitsmärkte und Soziale Sicherung.

Ebenfalls seit Anfang April 2017 ist **Marcel Reiner M.A.** als wissenschaftlicher Mitar-

beiter am IAW tätig. Nach dem Abschluss in Soziologie und Geschichte (Bachelor of Arts) an der Universität Konstanz erwarb er dort auch den Master-Abschluss. Als studentischer Mitarbeiter in einem Unternehmensnetzwerk sammelte er parallel wertvolle Praxiserfahrung und brachte seine methodischen und fachlichen Kenntnisse ein. Seine Forschungsinteressen liegen in den Bereichen Wirtschafts-, Regierungs- sowie Demokratieforschung. Aktuell ist er Mitglied eines Projektteams am IAW, das sich wissenschaftlich mit den Formen und Auswirkungen der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland befasst.



Marcel Reiner

Derzeit absolvieren Maximilian Burger, Isabell Heinemann, Lars Irmeler, Merindah Loessl, Verena Lutz, Sean McAuliffe, Marie Lena Muschik und Regina Ringel ein Praktikum am IAW. Als Hilfskraft unterstützen Pascal Luitjens und Anton Lebedev das IAW-Team. Ihr Praktikum beendet haben Alice Drube, Rafael Korbmann, Moritz Busse und Manuel Schick. Florian Schmid hat nach Abschluss seines Studiums seine Tätigkeit am IAW ebenfalls beendet.

Impressum

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. an der Universität Tübingen
Ob dem Himmelreich 1, 72074 Tübingen
Tel. 07071 9896-0, Fax: 07071 9896-99
iaw@iaw.edu, <http://www.iaw.edu>

Verantwortlich: Prof. Dr. Bernhard Boockmann
(Wissenschaftlicher Direktor)

Die IAW-News werden vorzugsweise per E-Mail versandt.